

„Walden Bello: Von Krise zu Krise“

Kurzbericht

Zu Beginn der Veranstaltung wurde die Filmprojektion „**Robbery**“ von **Oliver Ressler** gezeigt. Danach begrüßte Moderatorin **Martina Neuwirth** (VIDC) das Publikum und die Vortragenden. Sie fragte, ob wiederkehrende Finanzkrisen ein fester Bestandteil des Systems seien, wie darauf zu reagieren sei und wer letztendlich die Lasten zu tragen habe.

Walden Bello, Träger des Alternativen Nobelpreises aus den Philippinen, sieht die Ursachen der Finanzkrisen in der kapitalistischen Überproduktion bzw. Überakkumulation: Mit dem Aufbau einer enormen kapitalistischen Produktivität kann der Konsum der Bevölkerung, unter anderem aufgrund großer Ungleichheiten, nicht Schritt halten. Als Beispiele erwähnte er die Japan- und die Asienkrise und dass es seit 1980 rund 100 andere Krisen gab. Dazu wurden drei Auswege gesucht: Die neoliberale Liberalisierung von Märkten und damit die Aufkündigung des Arbeit-Kapital-Kompromisses, die Einbindung von peripheren Ökonomien in den kapitalistischen Markt („globalisation“) sowie die Schaffung einer hochprofitablen, spekulativen Finanzwirtschaft („financialisation“).

Die VR China ging vorerst noch einen eigenen Weg und kontrollierte weiterhin seine Finanzwirtschaft. Doch die Vorstellung vieler ÖkonomInnen, China könne in der derzeitigen Krise die globale Wirtschaft retten, erfüllt sich nach Meinung Bellos wegen der Exportabhängigkeit von den USA und Europa nicht. Zwischen 2008 und 2009 verloren bereits 20 Millionen chinesische ArbeiterInnen ihren Job. Chinas Antwort auf die internationale Finanzkrise war zweifach: Stimulierung der inländischen Nachfrage und Stärkung der Kaufkraft der ländlichen Bevölkerung. Die derzeitige Wachstumskrise sei nicht nur temporär und werde zudem durch die begrenzten Erdölvorräte verstärkt, so Walden Bello. Alternativen sieht der Wissenschaftler und Abgeordnete zum philippinischen Parlament in einer tiefgehenden Umstrukturierung; einer wertebasierten Wirtschaft, die auch die ökologische Dimension beinhaltet.

Jürgen Kaiser vom Erlassjahr-Bündnis aus Deutschland verglich die Schuldenkrise der achtziger und neunziger Jahre mit der aktuellen Euro-Krise. In beiden Fällen hätte anfangs die Meinung vorgeherrscht, dass Staaten nicht pleite gehen könnten. Die externe Hilfe für die Entwicklungsländer diene letztendlich der Refinanzierung der Schuldendienste. Später kam es zu Teilerlassen und Streichung von multilateralen Schulden. Heute besitzen sieben der 30 im Rahmen der HIPC-Initiative entschuldeten Länder (HIPC = Highly Indebted Poor Countries) wieder ein hohes Überschuldungsrisiko. Jürgen Kaiser: „Mit diesen Teil-Nachlässen das Problem zu lösen ist ein Illusion. Das gilt auch im Falle Griechenlands.“. Ein Ausweg läge in der Einbeziehung aller Schulden, also öffentlicher wie privater, sowie einer unabhängigen Beurteilung des Erlassbedarfs durch eine neutrale Stelle und nicht durch die Gläubiger (also nicht etwa durch die Troika). Wichtig sei auch eine Art Interessensvertretung der Schuldnerländer. Um ein solches innovatives Verfahren international durchsetzbar zu machen, seien als ‚Katalysatoren‘ auch kleine, ‚like minded‘ Regierungen und internationale

Organisationen wichtig. Jürgen Kaiser berichtete noch über ein interessantes historisches Detail. Deutschland wurden im Rahmen des Londoner Schuldenabkommens im Februar 1953 die Hälfte aller Schulden erlassen. Die Rückzahlungen in den Folgejahren wurden an die ökonomischen Möglichkeiten Deutschlands gekoppelt. So erhielt Deutschland die Option, seinen Schuldendienst bei einem Handelsbilanzdefizit auszusetzen.

„Dort wo nichts zu holen ist, hat auch der Kaiser sein Recht verloren“. Mit diesem pointierten Zitat begann Kunibert Raffer, Wirtschaftsprofessor an der Universität Wien, sein Plädoyer für ein Involvenzrecht für Staaten. Raffer: „In den USA gibt es für öffentlich-rechtliche Schuldner die Möglichkeit, in den Ausgleich zu gehen“. Dabei seien Prinzipien wie Schuldnersouveränität, Anhörung der Bevölkerung bzw. deren Vertretungen und die Sicherstellung der öffentlichen Aufgaben im amerikanischen Rechtskodex enthalten. Jedes Insolvenzverfahren müsse, ähnlich wie bei Privatkonkursen, unter Wahrung der Menschenwürde stattfinden. Unrechtmäßig zustande gekommene Schulden würden in einem Insolvenzverfahren nicht akzeptiert werden, so Raffer. Bezüglich der Lernfähigkeit aus früheren Krisen ist der Ökonom skeptisch. Der Schuldenschnitt für Griechenland habe nicht viel gebracht. Laut einem Dokument der Troika werde die Verschuldung bis 2013 auf 186 % der Wirtschaftsleistung steigen, so Raffer. Eine Lösung ist für ihn nicht in Sicht. Der Stabilitätspakt werde wohl dann aufgeschnürt, sobald die nächsten Banken wieder Geld brauchen, so Raffer.

Auf die Frage, wer denn die Gläubiger seien, wurde betont, dass sich vor allem durch die BRIC Staaten (Brasilien, Russland, Indien, China) das Spektrum erweitert habe. Auch Hedgefonds spielen eine zunehmende Rolle. Einig waren sich die Experten, dass auch die Gläubiger in die Pflicht genommen werden müssen. Walden Bello: „Die Schuldenkrise ist eine angebotsseitige Krise, die Dynamik des Finanzsektors hat diese mit verursacht.“ Angesichts der strukturellen Ursachen der Krise brauche es aber wieder eine Einbettung des Kapitalismus ein das gesellschaftliche Wertesystem. Der Globale Süden werde wohl ein gewisses Maß an Wachstum brauchen, das aber auf neuen Indikatoren basieren sollte, so der Träger des alternativen Nobelpreises.

Bericht: Franz Schmidjell